

Daniel Fulda/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Wallstein Verlag, Göttingen 2010, 389 S., geb., 32,00 €.

Dieser Sammelband reagiert auf die kulturelle und mediale Konjunktur ‚erlebter‘, privater Geschichte in Deutschland seit den 1990er Jahren. Er vereinigt kulturhistorische und germanistische Beiträge und verflüssigt damit bewusst die Grenzen zwischen ‚realen‘ und fiktionalen Erfahrungen. Dem Herausgeberquartett geht es darum, anhand verschiedener subjektiver Quellen die aus heutiger Perspektive fremden „Überblendungen von Privatem und Politischem“ (S. 9) von den 1940er bis in die 1970er Jahre herauszuarbeiten und gleichzeitig nach der retrospektiven literarischen Thematisierung dieser historisch gewordenen „Überblendungen“ zu fragen. Es will der „konfliktreichen Suche nach der Demokratie als Lebensform“ (S. 12) nachspüren, bei der die „Sorge um die politischen Folgen von privaten Praktiken“ (S. 14) ein Leitmotiv gewesen sei. Diese Aussagen konstituieren noch keine übergreifende historische These, doch scheint der Band implizit auf eine sperrigere, „Leidenschaften und Obsessionen, Hoffnungen und Ängste[n]“ (S. 14) berücksichtigende Version der deutschen Nachkriegsgeschichte als die in der Forschung zur Bundesrepublik gängigen Modernisierungs-, Verwestlichungs- und Liberalisierungserzählungen zu zielen. Das Oberthema erweist sich allerdings als recht lose, weil manche der – im Einzelnen durchweg interessanten – Beiträge, Gewalt und andere die Demokratie behandeln und nur selten konsequent nach den Beziehungen zwischen beiden in den unterschiedlichen deutschen „Geschichten des Privaten“ gefragt wird. Insgesamt legt die Lektüre Skepsis nahe, ob die „Suche nach Demokratie als Lebensform“ mit entsprechenden „Überblendungen von Privatem und Politischem“, wo sie denn überhaupt betrieben wurde, jemals erfolgreich sein konnte, oder ob sie nicht eher die real existierende bundesrepublikanische Demokratie mit unerfüllbaren Ansprüchen belastete.

Welche Erkenntnisse lassen sich aus den germanistischen Beiträgen gewinnen? Die zeithistorisch interessierte deutsche Literatur seit den 1990er Jahren zeichnet sich sowohl durch Distanz als auch durch Nähe zu Gewalterfahrungen aus. Einerseits erlauben Montageverfahren, etwa in Walter Kempowskis „Echolot“, im Unterschied zu den aus der Betroffenenperspektive geschriebenen Kurzgeschichten und Romanen der Nachkriegsjahre, eine Vielfalt von Erfahrungsperspektiven (Sabine Kyora), und natürlich macht es einen entscheidenden Unterschied, dass sich inzwischen bereits die „dritte Generation“ erzählerisch mit der Vergangenheit befasst (Cornelia Blasberg). Andererseits erlaubt die zeitliche und literarische Distanzierung auch eine Annäherung an Gewaltausübung, weil sie, wie Kyora argumentiert, nun nicht mehr durch einen passiven Opferdiskurs überdeckt wird, und weil jüngere Autoren sie als Normalfall deutscher Existenz im Zweiten Weltkrieg betrachten (Daniel Fulda). Ferner tritt die Nachgeschichte der NS-Gewalt stärker hervor, etwa in neueren jüdischen Familienromanen, die das Leben der traumatisierten Elterngeneration in den 1950er und 1960er Jahren behandeln (Ariane Eichenberg). Das von Stephan Pabst diskutierte Werk Reinhard Jirgls reicht sogar vom Krieg über die antifaschistische Gewalt der DDR bis zur sadistischen Rache von Stasiopfern und zur Brutalität von Zwangsvollstreckungen nach 1990. Die „Institutionen des demokratischen Rechtsstaats“ sind hier bloß „sedimentierte Gewaltstrukturen“ (S. 322), während sie bei den von Blasberg behandelten Erzählern der „dritten Generation“ „bürokratielastig“ (S. 341) erscheinen und Demokratie nur „im sozialen Nahbereich des intersubjektiven Austauschs“ (S. 353) wirksam wird. Im Lichte der hier behandelten Literatur ist „Demokratie als Lebensform“ ein nahezu unerreichbares Ideal, das nur in der von Fulda gewürdigten Selbstreflexivität von Stephan Wackwitz’ „Ein unsichtbares Land“ aufscheint.

Distanz zur auf Verfahren und Institutionen basierenden Demokratie mag man von Schriftstellern erwarten (obwohl sie sich angesichts der zahllosen Familienromane durchaus wieder einmal an literarischen Beobachtungen politischer Prozesse versuchen könnten). Sie wird aber auch in den historischen Beiträgen verschiedentlich sichtbar. Michael Geyer betont die Aktivität, mit der die Deutschen ihre eigene Kapitulation gestalteten und oft sogar ihre eigene Biografie umschrieben. Kontinuitätsfiktionen, etwa im Heimatdiskurs, überdeckten den Bruch der Niederlage nur künstlich; in den 1950er Jahren dominierte das Ressentiment gegen die als Fremdherrscher empfundenen Besatzer, mit denen man sich erst im Zeichen von Wohlstand und Sicherheit arrangierte. Dagmar Herzog arbeitet heraus, wie westdeutsche Konservative ihre Sexualfeindlichkeit mit dem Bild eines moralisch zügellosen ‚Dritten Reichs‘ begründeten, während ihre liberalen und linken Kritiker den Nationalsozialismus zur sexuell repressiven Herrschaftspraxis umdeuteten – bis der Konnex von Sexual- und Vergangenheitspolitik in den 1970er Jahren an Bedeutung verlor. Aribert Reimann widmet sich der Frustration über das Scheitern der gegenkulturellen Ansprüche der Neuen Linken, vor dessen Hintergrund die Rigidität der K-Gruppen als konsequente Antwort erschien.

Woher kamen angesichts solcher Einstellungen dann die Anstöße zur Akzeptanz von Demokratie? Zum einen von außen, unterstützt durch die gemeinsame deutsch-westalliierte Empörung über das Verhalten der sowjetischen Invasoren und Besatzer, die Stefan-Ludwig Hoffmann in Tagebüchern und Reiseberichten der 1940er Jahre aufspürt. Wie Nina Verheyen zeigt, war die Förderung geordnet-kontroverser Diskussionen integraler Bestandteil der amerikanischen *re-education*. Anthony D. Kauders argumentiert, dass Repräsentanten der in Westdeutschland verbliebenen Juden wie Heinz Galinski aus der eigenen Sonderposition ein Wächteramt über die bundesrepublikanische Demokratie ableiteten. Zum anderen gab es doch so etwas wie einen endogenen Trend zur Akzeptanz einer Demokratie, die den privaten Lebensbereich berührte, ohne ihn emphatisch zu politisieren, und sich daher auch mit manchen autoritären Zügen der westdeutschen Gesellschaft vereinbaren ließ. Dazu gehörte das von Verheyen behandelte Verfolgen des von Werner Höfer auf dominante Weise moderierten „Internationalen Fröhschoppens“ – aus der Halbdistanz des häuslichen Sofas, doch in vielen Fällen ergänzt durch nachträgliche Intervention in Gestalt eines Briefs an den Westdeutschen Rundfunk. Till van Rahden arbeitet heraus, dass sich bereits in den 1950er Jahren auch und gerade im Umfeld der christlichen Kirchen eine Vorstellung demokratiekompatibler väterlicher Autorität artikulierte, die ihre Grundlage in Vertrauen und Überzeugung statt in Befehl und Gehorsam haben sollte.

Dass das Konzept des Bandes an diesen Punkten besonders passend erscheint, verweist auf die Bedeutung solcher gemäßigter, keineswegs ‚antiautoritärer‘ Demokratisierungsbemühungen in der Geschichte der Bundesrepublik, die übrigens auch im westeuropäischen Vergleich durchaus bemerkenswert sind. Sie ließen sich weiter verfolgen, zum Beispiel in den Gewerkschaften der 1950er und 1960er Jahre, und überdies in längerfristige, vom 19. Jahrhundert bis in die Berliner Republik reichende Kontinuitäten einordnen. Die Vision einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche führte und führt dagegen bei kritischen Literaten wie linksradikalen Aktivisten zu Frustration und Rückzug, was man – wie Cornelia Blasberg in ihrem Beitrag – teilen oder aber historisieren kann. Und der Staat, der sich individueller Situationen anzunehmen versuchte und damit eine konsequente „Politik des Privaten“ betrieb, war gerade nicht die Bundesrepublik sondern, wie Paul Betts’ etwas isolierter Beitrag zum Eingabewesen der 1970er und 1980er Jahre zeigt, die ostdeutsche ‚Fürsorgediktatur‘. Am Ende steht eine Demokratie, die allenfalls auf begrenzten „Überblendungen von Privatem und Politischem“ basiert. Wie A. Dirk Moses abschließend – wenn auch ohne Bezug zu den Leitfragen des Bandes – argumentiert, löst sie sich zunehmend vom Stigma des Holocaust und damit auch von Versuchen, dieses Stigma entweder durch bequeme Identifikation mit den ‚nicht deutschen‘ Opfern oder durch defensive Identifikation mit den ‚normalen Deutschen‘ zu überwinden.

Dass die „Suche nach Demokratie als Lebensform“ dann erfolgreich war, wenn sie moderat und begrenzt blieb und sich deshalb mit der prozeduralen bundesrepublikanischen Demokratie vereinbaren ließ, ist nur eine mögliche Lesart dieses interessanten, wenn auch etwas inkohärenten und implizit bleibenden Bandes. Die Frage nach den Wechselbeziehungen von Gewalt, Demokratie und Privatheit in Deutschland nach 1945 ist konzeptionell sehr anregend, wird aber von den Beiträgen nur teilweise untersucht und diskutiert, so dass viel Raum für weitere Forschungen bleibt. Auf jeden Fall liegt in der

Kooperation zwischen Literaturwissenschaft und Zeitgeschichte sowohl ein Verdienst des Bandes als auch erhebliches Potenzial für die Zukunft.

Moritz Föllmer, Amsterdam

Zitierempfehlung:

Moritz Föllmer: Rezension von: Daniel Fulda/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Wallstein Verlag, Göttingen 2010, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 52, 2012, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81313>> [19.1.2012].